

---

# Gutachten zum Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung in § 29 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in NRW, 2011

Heinrich Amadeus Wolff

---

## 1 Grundlagen

### 1.1 Die Besonderheiten des Evaluationsauftrags

#### 1.1.1 Der gesetzgeberische Auftrag

Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW)<sup>1</sup> Ende 2006<sup>2</sup> wurden die Eingriffsgrundlagen zur Online-Durchsuchung, die sogenannten besonderen Auskunftsansprüche und die Observation mittels GPS eingefügt bzw. geändert und zugleich bis zum Ende 2011 befristet (§ 29 Abs. 1 S. 2 VSG NRW a. F.). Gemäß § 29 Abs. 2 VSG NRW sollte die Anwendung der befristeten Vorschriften des Verfassungsschutzgesetzes zum 01.01.2011 unter Einbeziehung eines wissenschaftlichen Sachverständigen, der im Einvernehmen mit dem Landtag Nordrhein-Westfalen bestellt wird, evaluiert werden.

#### 1.1.2 Entscheidung des BVerfG zur Onlinedurchsuchung

Vor Wirksamwerden des Evaluationsauftrags erging die Entscheidung des BVerfG zur Onlineüberwachung, mit der die Kompetenz zur Online-Durchsuchung für nichtig und die Kompetenz gem. § 5a Abs. 1 VSG NRW für verfassungsgemäß

- 
- 1 GV. NRW. 1995 S. 28; geändert durch Artikel 1 d. Gesetzes v. 18.12.2002 (GV. NRW. 2003 S. 2), in Kraft getreten am 16.01.2003; Artikel 8 des Dritten Befristungsgesetzes vom 05.04.2005 (GV. NRW. S. 306), in Kraft getreten am 28.04.2005; Artikel 5 (Erster Teil) des Gesetzes v. 03.05.2005 (GV. NRW. S. 498), in Kraft getreten am 26.05.2005; Gesetz v. 20.12.2006 (GV. NRW. S. 620), in Kraft getreten am 30.12.2006.
  - 2 Gesetz v. 20.12.2006 (GV. NRW. S. 620).

erklärt wurde.<sup>3</sup> Insofern reduzierte sich der Evaluationsauftrag erheblich, da eine Norm wegfiel und bei einer anderen die verfassungsrechtliche Bewertung vorgegeben war. Der Evaluationsauftrag bezog sich daher nur noch auf die besonderen Auskunftsansprüche und den Einsatz des GPS.

### **1.1.3 Zeitliche und gegenständliche Befristung**

Der Evaluationsauftrag bezog sich nicht nur auf wenige Normen, sondern auch lediglich auf die Anwendung dieser Normen für den Zeitpunkt von 2007 bis zum Ende 2011, d. h. über insgesamt fünf Jahre. Darüber hinaus ging es um die Anwendung der Normen durch ein Landesamt, bei dem die Fallzahl relativ gering war. Die Anzahl der tatsächlichen Fälle war überschaubar. Faktisch konnte über alle Fälle gesprochen werden. Sie wurden so dargelegt, dass der externe Sachverständige in der Lage war zu beurteilen um was es ging, als der Bericht fertig geschrieben wurde.

### **1.1.4 Evaluation des Bundes**

Eine weitere Besonderheit bestand darin, dass kurz vorher die Evaluation des Bundes zu den Auskunftsansprüchen des Bundesamts für Verfassungsschutz, die durch das Terrorismusbekämpfungsgesetz eingefügt und durch das Terrorismusbekämpfungs-Ergänzungsgesetz geändert worden waren, fertig gestellt wurde.<sup>4</sup> Die Auskunftsansprüche in NRW entsprechen nicht vollständig den besonderen Auskunftsansprüchen des alten § 8a Bundesverfassungsschutzgesetz. Jedoch war der Evaluationsbericht des Bundes immer als Vorbild und Maßstab, den es möglichst zu ‚überbieten‘ galt, gegenwärtig.

### **1.1.5 Fortgeschrittener Verfahrensstand**

Im politischen Raum bestand zum Evaluationszeitpunkt der feste Wille, eine Gesamtrevision des VSG NRW durchzuführen, die sich nun (Mai 2013)<sup>5</sup> auch im Entstehungsprozess befindet. Für den Evaluationsauftrag bestand eine zeitliche Vorgabe, für die Gesamtrevision dagegen nicht. Die Gesamtrevision war unter der Evaluationsfrist nicht zu bewältigen, daher wurde die Evaluation der § 5 Abs. 2 Nr. 2

---

3 BVerfGE 120, 274 ff. = BVerfG, Urt. v. 27.02.2008, 1 BvR 370/07 = NJW 2009, 833, 836 f. Rn. 324 f.

4 Bericht der Bundesregierung zum Ergebnis der Evaluierung nach Art. 11 des TBEG v. 05.01.2007, BGBl I S. 2 v. 14.03.2011, Drucksache des Innenausschusses, BT-Drs. 17 (4) 271.

5 Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen – Gesetzesentwurf Landesregierung, NRW LT-Drs. 16/2148.

und § 5a Abs. 1, 2 VSG NRW von einer Gesamtrevision des VSG NRW abgekoppelt.<sup>6</sup> Diese Ablösung wurde aber relativ spät vorgenommen, so dass im Endeffekt auch für die isolierte Evaluation Zeitdruck bestand.

### 1.1.6 Pflichtaufgabe

Durch die Veränderungen, die zwischen Evaluationsformulierung und Evaluationsdurchführung eintraten, verlor der Evaluationsauftrag seine politische Bedeutung und rutschte auf den Rang einer Routineangelegenheit. Dies sah man rein praktisch an folgenden Umständen:

- der Ausschuss des Landtages wollte den Sachverständigen weder persönlich sehen noch den Bericht erläutert bekommen;
- dem Vorschlag, die Befugnis zur GPS-Observation zu entfristen,<sup>7</sup> folgte der Gesetzgeber nicht, obwohl die Observation mittels GPS von der Grundrechtssintensität her gering ist und eine Entfristung nahe lag. In der laufenden Reform wird diese Entfristung auch vorgeschlagen.<sup>8</sup>

Man sah an der Verlängerung, dass der Gesetzgeber die eigentliche politische Entscheidung, die nach dem Evaluationsbericht erforderlich war, ‚schieben‘ wollte.

## 1.2 Die Auswahl des Sachverständigen

Der Evaluationsauftrag sah die Einbeziehung eines wissenschaftlichen Sachverständigen vor (§ 29 VSG NRW a.F.). Die Wahl fiel auf den Autor dieser Zeilen. Dem externen Sachverständigen gegenüber wurde der Eindruck erweckt, die Wahl sei auf ihn gefallen, da er erstens bei der Evaluation der Bundesvorschriften eine gewisse Rolle innehatte<sup>9</sup> und zudem ein Jahr vorher vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes NRW Verfahrensbevollmächtigter des Landtages im Normenkontrollverfahren zu einigen Vorschriften des Verfassungsschutzgesetzes NRW war (das Verfahren

---

6 Gemeinsamer Evaluationsbericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen und Heinrich Amadeus Wolff gem. § 29 Abs. 1 VSG NRW vom 31.08. 2011, veröffentlicht als Landtagsdrucksache NRW (LT-Drs. 15/914) und als Anlage der LT-Drs. 16/2041, S. 9.

7 Evaluationsbericht v. 31.08.2011 (Fn. 7), S. 69.

8 Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen – Entwurf Landesregierung, NRW LT-Drs. 16/2148, S. 50, § 33 Abs. 2 VSG-E.

9 Gutachten v. 14.04.2011, Typoskript 107 S., lag dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages vor als BT-Ausschussdrucksache 17 (4) 271 Anlage 3.

wurde nach Neuwahl des Landtages für erledigt erklärt)<sup>10</sup> und drittens die Sache politisch nicht mehr bedeutsam war, so dass vor allem eine schnelle Evaluation wichtig erschien, die man sich von dem ausgewählten Sachverständigen erhoffte.

## **1.3 Das Verfahren**

### **1.3.1 Der grobe Ablauf**

Die Phasen der Evaluation wurden später im Bericht in fünf Teile gegliedert. Die Konzeptionsphase, die Maßstabsformulierung, die Phase der Erhebung der Tatsachen, die Auswertungsphase, die Darstellungsphase.<sup>11</sup> Bei dieser Fünfteilung handelt es sich zwar ein wenig um eine begriffliche Systematisierung eines in Wirklichkeit teilweise ineinanderfließenden Vorgangs, sie gibt den Kern der Entwicklung aber dennoch zutreffend wieder.

Die Beauftragung bzw. die Kontaktaufnahme erfolgte im Juni 2011. Das Einvernehmen des Landtages zu seiner Bestellung lag Ende Juli 2011 vor. Zu diesem Zeitpunkt war die Evaluation schon am Laufen. Der externe Sachverständige war sachlich mit seinem Teil Ende August fertig, der erste Entwurf verließ das Haus Ende September 2011. Dem Präsidenten offiziell vorgelegt wurde er mit Schreiben vom 26. Oktober 2011, so dass der gesamte Zeitraum zur vollständigen Erstellung vier Monate betrug.

### **1.3.2 Die Sitzungen**

Während der Evaluation in NRW kam es wohl zu vier längeren Sitzungen mit den Verantwortlichen auf Seiten des Verfassungsschutzes. Der Sache nach waren bei den Sitzungen zwischen zehn und zwölf Personen anwesend. Anwesend waren die Leitung des Verfassungsschutzes, die Person, die der Sache nach den spezifischen Grundrechtsschutz innerhalb des Verfassungsschutzes wahrnahm und zudem die Evaluation koordinierte und wesentlich beeinflusste, weiter die jeweiligen Leiter der Abteilungen, die von den betroffenen Kompetenzen Gebrauch machten, sowie Vertreter des jeweiligen technischen Sachverständes. Über die Sitzungen hinaus bestand ständiger telefonischer Kontakt zum Landesamt für Verfassungsschutz.

---

<sup>10</sup> Verfassungsgerichtshof NRW, VerfGH 1/08.

<sup>11</sup> Evaluationsbericht v. 31.08.2011 (Fn. 7), S. 8 ff.

### 1.3.3 Arbeitsatmosphäre

Die Atmosphäre war sachlich, offen und auf Effektivität eingestellt. Die Interessenslage war in sich etwas abweichend, im Groben aber einheitlich. Niemand versuchte den Evaluationsbericht zu boykottieren. Weiter war das Interesse erkennbar, die relevanten Eingriffsbefugnisse möglichst erhalten lassen zu wollen. Etwas Unruhe verursachte die nachhaltige Bitte zu ermitteln, ob Betroffenen Nachteile durch Kreditauskünfte in der Vergangenheit entstanden waren. Schließlich wurde dieser Bitte nachgegangen und speziell hierzu mit den wichtigsten Kreditinstituten Kontakt aufgenommen.

### 1.3.4 Offener Prozess

Der Evaluationsprozess war nicht ergebnisoffen, weil er nicht völlig frei war. Der Rahmen bildete zwar keine unüberwindbare Hürden, war aber existent. Der Rahmen wurde von folgenden Eckdaten gebildet.

### 1.3.5 Externe Vorgaben

Folgende externe Vorgaben hatten Einfluss:

- das Ergebnis der Evaluierung 2005 des Landes,<sup>12</sup>
- die letzten PKG – Berichte des Landes;
- die genannten Verfassungsgerichtsentscheidungen;
- der genannte Evaluationsbericht des Bundes.

#### 1.3.5.1 Vorstellungen des Landesamts für Verfassungsschutz

Das Landesamt für Verfassungsschutz bzw. das Ministerium hatte gewisse Vorstellungen, die Einfluss auf die Evaluierung hatten. Die Vorstellungen waren nicht unüberwindbar, es handelte sich aber um Aspekte, die dem Ministerium wichtig waren und die es auch einbrachte. Diese Vorstellungen bezogen sich auf die folgenden Punkte:

##### (1) Ergebnis der Evaluation

Das von der Evaluation aus der Sicht des Landesamts für Verfassungsschutz durch das Ministerium möglichst zu erzielende Ergebnis war bekannt, bevor der Evaluationsauftrag an den Sachverständigen erteilt worden war. Es wurde ihm gegenüber aber niemals offen formuliert oder ausgesprochen. Als erkennbar war, dass seine eigene Position in die gleiche Richtung ging, war eine gewisse Erleichterung zu

---

12 Die Ergebnisse der Evaluierung sind in dem Bericht des Parlamentarischen Kontrollgremiums vom 16.05.2006 (Drucksache 14/1912) dokumentiert.

spüren. Es ist unklar, was geschehen wäre, wenn seine Einschätzung von der des Hauses abgewichen wäre, es ist aber sicher, dass man dann eine Kompromissform gefunden hätte.

#### (2) Gemeinsamer Evaluationsbericht

Das Ministerium bzw. das Landesamt für Verfassungsschutz hatte den Wunsch, einen einheitlichen Bericht zu erstellen. Der gemeinsame Bericht wurde so erstellt, dass die eigenen Abschnitte verteilt wurden zwischen dem Landesamt für Verfassungsschutz und dem externen Sachverständigen und die jeweils andere Seite ihre Meinung und Änderungswünsche hinsichtlich jener Teile äußern durfte. Es war dabei klar, dass im Endeffekt der Wille des externen Sachverständigen der etwas stärker ausschlaggebende sein sollte. Die Aufteilung vollzog sich so, dass die Darstellung der Verdachtslage, die Darstellung des Verfahrens und der Technik der Instrumente sowie die Darstellung der Erfahrungen vom Landesamt für Verfassungsschutz vorformuliert wurden, die Bewertung dagegen aus der Feder des Sachverständigen kam. Klar war, dass die Auswertung der praktischen Anwendung der Normen und die Wertungen vom Sachverständigen und nicht von dem zu Evaluierendem kommen sollten.<sup>13</sup>

#### (3) Gestaltung des Berichts

Das Landesamt für Verfassungsschutz hatte eigene Vorstellungen hinsichtlich der Gestaltung, die es aber nur als Vorschläge formulierte und die auch nur als Vorschläge gemeint waren. Wegen des Vorliegens des Berichts des Bundes bestand eine gewisse Vorlage oder eine unverbindliche Vorlage („Schimmel“), der im Raum stand. Dem Land NRW war es wichtig, einen deutlich transparenteren und offeneren Bericht vorzulegen als der Bund.

#### (4) Inhalt des Berichts

Das Landesamt für Verfassungsschutz hatte den Wunsch, zudem auch auf die nachrichtendienstliche Sachlage hinweisen zu dürfen. Weiter war es ihr Wunsch, die relevanten Eingriffsbefugnisse erst verständlich darzustellen, bevor man sie bewertete.

#### (5) Methode

Offen war das Landesamt für Verfassungsschutz hinsichtlich der Methode und des Maßstabs der Evaluation. Welche Fragen genau zu behandeln seien und welche Perspektive einzunehmen sei, überließ das Landesamt für Verfassungsschutz dem

---

13 S. Evaluationsbericht v. 31.08.2011 (Fn. 7), S. 6.

externen Sachverständigen.<sup>14</sup> Ihm persönlich war es wichtig, dass die Evaluation nicht auf die gängige Evaluationsfrage – Vergleich gesetzgeberischer Wille und Wirkungen des Gesetzes – beschränkt wurde. Es wurde neben dem Vergleich des gesetzgeberischen Ziels und der Wirkung auch der Maßstab der verfassungsrechtlichen Beurteilung und der verfassungspolitischen Beurteilung aufgenommen. Hier war schnell Einverständnis zu finden.

#### (6) Verfahrensablauf

Dem Landesamt für Verfassungsschutz war es sehr wichtig, den Evaluationsbericht innerhalb der zur Verfügung stehenden Zeit fertig zu stellen. Sofern die Zeitvorgaben eingehalten wurden, war es für jede Verfahrensgestaltung offen.

#### (7) Tatsachenerhebung

Vollständige Offenheit bestand bei der Frage, welche Informationen und welche Mithilfe von Seiten des Sachverständigen für die Erstellung der Evaluation gewünscht waren. Eventuelle Vorgaben der Geheimschutzregelungen hätte man zügig erfüllt. Der Sache nach hätte der Sachverständige sich mehrere Wochen lang im Landesamt für Verfassungsschutz ‚einquartieren‘ und sämtliche Akten lesen können.

### 1.3.5.2 Die Vorstellungen des Sachverständigen

Auch der Sachverständige war nicht völlig frei bei der Erstellung des Berichts. Sein Horizont von der Erstellung der Evaluation war durch folgende Umstände geprägt:

- seinen Erfahrungen bei der Evaluation des Bundes,
- dem bestehenden Zeitdruck,
- seiner Ausrichtung als Rechtswissenschaftler,
- der Erkenntnis, dass die Wirkung des Berichts beschränkt sein wird,
- seinem Wunsch auch anderen Tätigkeiten nachzugehen,
- seiner Grundhaltung, im Wege der Rechtsberatung keine Politik betreiben zu wollen.

---

14 Evaluationsbericht v. 31.08.2011 (Fn. 7), S. 6.

## 2 Das Evaluationsziel

### 2.1 Evaluation des VSG NRW

Der Evaluationsauftrag sprach nur von Evaluation. Was darunter zu verstehen ist, sagt er nicht. Weitere Angaben dazu, nach welchen Maßstäben die Evaluierung zu erfolgen hat, sieht das VSG NRW nicht vor. Eine Gesetzesbegründung zu § 29 VSG NRW existiert nicht. § 29 VSG NRW ist erst im Rahmen der zweiten Lesung<sup>15</sup> aufgrund eines Änderungsantrages<sup>16</sup> eingefügt und mit dem ursprünglichen Gesetzentwurf<sup>17</sup> am 07.12.2005 in dritter Lesung<sup>18</sup> mit verabschiedet worden.

Was unter Evaluation zu verstehen ist, war im Gesetz nicht definiert und wurde auch nicht von den Parlamentarischen Gremien vorgegeben.<sup>19</sup> Der Begriff wurde von den Beteiligten daher als die methodische Erfassung und Bewertung der Wirkungen von Normen verstanden.<sup>20</sup> Das Besondere am Evaluationsauftrag in NRW bestand darin, dass er sich auf die Evaluation von Normen bezog, die befristet waren und ohne ein gesetzgeberisches Handeln außer Kraft getreten wären. Der Evaluierungsauftrag hatte daher erkennbar den Zweck festzustellen, ob die Außerkraftsetzung bzw. bezogen auf den GPS-Einsatz eine Zurücksetzung auf die Ursprungsfassung stattfinden soll, oder ob der tatsächliche Bedarf dafür besteht, dass der Gesetzgeber vielmehr eine – unveränderte oder modifizierte – Fortgeltung einzelner Vorschriften anordnet.<sup>21</sup>

### 2.2 Evaluation der Praxis

Die Evaluation wird nach dem Normtext bewusst auf die Normanwendung bezogen. Der Unterschied zwischen der Evaluation einer Norm und der Evaluation einer Normanwendung ist nicht sehr groß, da Norm und Normanwendung nicht voneinander zu trennen sind.<sup>22</sup> Dennoch sind beide Fallgestaltungen nicht gleich-

---

15 NRW LT Plenarprotokoll 14/46.

16 NRW LT-Drs. 14/3133.

17 NRW LT-Drs. 14/2211.

18 Plenarprotokoll 14/47.

19 Vgl. auch Evaluationsbericht v. 31.08.2011 (Fn. 7), S. 8.

20 *Mundil/Wolff*, Die Evaluation von Sicherheitsgesetzen, in: Möllers/van Ooyen (Hrsg.), *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit* 2012/2013, 2012, S. 331, 331; *Gusy/Kapitza*, Evaluation von Sicherheitsgesetzen, Eine Bestandsaufnahme, Typoskript, 2013, S. 4 unter II. 1.

21 Evaluationsbericht v. 31.08.2011 (Fn. 7), S. 10.

22 S. dazu Evaluationsbericht v. 31.08.2011 (Fn. 7), S. 10.

zusetzen. Während eine Normevaluation die Wirkung der Norm untersucht, zieht eine Anwendungsevaluation das Ergebnis der Normanwendung noch stärker in das Blickfeld. Es ging daher um die Frage, ob und wie, d. h. mit welchem Ergebnis, die Normen angewendet wurden.

## 2.3 Mögliche Handlungsoptionen

Ziel der Wirkungskontrolle ist es, dem Gesetzgeber eine Handlungsgrundlage zu geben. Handlungsoptionen sind dabei

- Aufhebung der Norm,
- Verbesserung der Norm (Novellierung/Neufassung),
- Belassung der Norm.<sup>23</sup>

Dabei kann auch die Intensität eines Reformbedarfs dargestellt werden. Das Ergebnis einer retrospektiven Evaluation sollte eine Handlungsempfehlung an den Gesetzgeber sein. So gut dies ging, war dabei die Perspektive des Gesetzgebers einzuhalten, da er über die Verlängerung nachdenken muss, er den Evaluationsauftrag formuliert hat, dieser ihm gegenüber zu erfüllen ist und er bei der Sachverständigenauswahl mitgewirkt hat.<sup>24</sup>

## 2.4 Nebenziele

Neben dem Ziel, dem Gesetzgeber die Grundlage für seine Handlungsoptionen zu geben, erreichte die Evaluation auch Nebenziele, von denen unklar ist, ob der Gesetzgeber diese mit verfolgte oder nicht. Sinnvoll waren sie auf jeden Fall. Durch die Evaluation wurde die Verfassungsschutzbehörde gezwungen, mit einem mehr oder weniger sachkundigen Dritten ihr Verfahren und ihre Eingriffsgrundlage zu diskutieren. Dabei wurden auch das Bewusstsein für die Belastungswirkung gestärkt, Alternativen diskutiert und im Endeffekt das interne Verfahren grundrechtsfreundlicher ausgestaltet. Daher wird man, um das Ergebnis vorwegzunehmen, sagen können, dass die Evaluation für ihren eigenen Zweck eher „für die Katz“ war, da sich der Landtag für diese erkennbar nicht interessierte, aber bei der Behörde selbst ist eine Sensibilisierung an der richtigen Stelle eingetreten.

---

<sup>23</sup> Böhret/Konzendorf, Handbuch der Gesetzesfolgenabschätzung, 2001, S. 255.

<sup>24</sup> Vgl. Evaluationsbericht vom 31.08.2011 (Fn. 7), S. 8.

### 3 Die Evaluationsmethode

Versteht man Evaluation als die methodische Erfassung und Bewertung der Wirkungen von Normen, besitzt die Evaluation notwendig zwei Seiten, eine deskriptive und eine normative. Die Methoden für die deskriptive Seite unterscheiden sich erkennbar von denen für die normative.

#### 3.1 Die Sachverhaltsfeststellung

Bei der deskriptiven Seite geht es um eine möglichst lückenlose Aufdeckung der tatsächlichen Anwendungen der Normen und ihrer Wirkungen. In den Sozialwissenschaften existieren Grundsätze und Vorgaben für eine sachgerechte Sachverhaltsfeststellung, die dem externen Sachverständigen unbekannt waren. Hierin liegt sicher ein Angriffspunkt gegen die Evaluation. Allerdings ist anzumerken, dass die Evaluation des Bundes mit sozialwissenschaftlichem Sachverstand erstellt wurde, der Unterschied aber kaum erkennbar war.

Die Methode und die Art der Sachverhaltsfeststellung erfolgt daher so, wie eine Verwaltungsbehörde eine Sachverhaltsermittlung vornimmt. Die möglichen Erkenntnisquellen sind beschränkt. Dies ist gerade eine spezifische Erscheinung bei der Evaluation von Sicherheitsgesetzen, die zugleich aber ihre Durchführung besonders rechtfertigt.<sup>25</sup> Die Sachverhaltsfeststellung bei der Evaluation von Sicherheitsgesetzen leidet unter der hohen Vertraulichkeit der Sachmaterie. So gab es keine Gerichtsentscheidungen, die zu den relevanten Befugnissen in ihrer Anwendung ergangen sind. Es gab keinen Betroffenen, der zum Zeitpunkt der Evaluation von den Informationserhebungen informiert worden war, und es war auch kein Betroffener bekannt, der von der Ermittlung ihm gegenüber in anderer Form erfahren hat; und auch eine behördeninterne Kontrolle durch eine Aufsichtsbehörde gab es nicht.<sup>26</sup> Dies ist Grund dafür, dass es sich generell nicht

---

25 Vgl. zu den Besonderheiten bei der Evaluation von Sicherheitsgesetzen *Albers*, Funktionen, Entwicklungsstand und Probleme von Evaluationen im Sicherheitsbereich, in: dies./Weinzierl (Hrsg.), Menschenrechtliche Standards in der Sicherheitspolitik, 2010, S. 25, 29 ff.; *Mundil/Wolff*, Die Evaluation von Sicherheitsgesetzen, in: JÖSi 2012/2013, 2012, S. 331, 332 f.; s. a. *Gusy/Kapitza*, Evaluation von Sicherheitsgesetzen, Eine Bestandsaufnahme, Typoskript, 2013, S. 4 unter II. 2.

26 Ausführlich Evaluationsbericht v. 31.08.2011 (Fn. 7), S. 11-15.

Evaluation von Sicherheitsgesetzen

Gusy, C. (Hrsg.)

2015, VIII, 242 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-06593-5